

Antrag

des Abg. Jan-Peter Röderer u. a. SPD

Umsetzung des Landesmobilitätsgesetzes (LMG)

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. inwiefern sie beabsichtigt, dass LMG durch eine Verwaltungsvorschrift zu ergänzen;
2. welche Stadt- und Landkreise bislang gegenüber dem Verkehrsministerium auf die Bestellung eines Radkoordinators/einer Radkordinatorin verzichtet haben;
3. ob das Land Baden-Württemberg bereits der bundesweiten Branchenvereinbarung zur Umsetzung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes im Busbereich beigetreten ist;
4. wenn nein, zu welchem Zeitpunkt dieser Beitritt geplant ist;
5. welche Regelungen in dieser Frage bis dahin (Frage 4) in Baden-Württemberg gelten;
6. wie der Ablauf und die Umsetzung der Regelungen konkret für das einzelne Unternehmen geplant sind;
7. wie der Ablauf und die Umsetzung der Regelungen konkret für jeden Aufgabenträger geplant sind;
8. wie und vom wem ein landesweiter Ausgleich organisiert wird;
9. wie und von wem die Umsetzung dieser Regelungen und der Branchenvereinbarung überprüft werden;
10. welche Kreise und Kommunen bislang gegenüber dem Verkehrsministerium Interesse an der Umsetzung des Instruments des Mobilitätspasses angemeldet haben;
11. welche ÖPNV-Verkehre konkret durch Landkreise/Kommunen mit diesem Instrument finanziert werden können;
12. welche Rolle dabei v. a. im Ballungsraum das bereits häufig über das im LMG genannte Niveau der Mobilitätsgarantie hinausgehende Angebotsniveau spielt.

28.5.2025

Röderer, Kirschbaum, Storz, Binder, Rivoir SPD

Begründung

Das Landesmobilitätsgesetz (LMG) ist seit kurzem im Kraft. Jetzt geht es um dessen praktische Umsetzung durch Unternehmen, Aufgabenträger, Kommunen und Landkreise.

Anhand einiger drängender Fragen aus den Bereichen Radverkehr, saubere Fahrzeuge und Mobilitätspass soll die Umsetzungspraxis des Landes für das LMG geklärt werden.